

Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 2 / 41. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brückenstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mittelscher Kostenlos

Berlin, 14. Januar 1927

Schlechte Aussichten für das Handwerk.

Der Vorstand des Deutschen Tapezierer-Innungsverbandes bringt in seiner Neujahrsehrachtung zum Ausdruck, wie trübe die Aussichten für das Handwerk sind. Noch nie habe das Handwerk so unter dem Anhang an Aufträgen gelitten, hervorgerufen durch die geringe Kaufkraft des Publikums und schlechte Lage der Weltwirtschaft. In der Zusammenballung der industriellen Unternehmungen liege die stärkste Gefahr für das Handwerk; dieser Bewegung müsse man mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten, um nicht eines Tages von der Flut der Großunternehmer hinweggespült zu werden. Als stärkste Waffe in diesem Kampfe wird Einigkeit im Berufe gefordert.

An diesen Ausführungen sieht man, daß die Handwerkerkreise allmählich erkennen, wie sie durch die privatkapitalistischen Großunternehmungen, langsam zwar, aber sicher proletarisiert werden. Welche Mittel nun werden denn das sein, die von den Handwerkerkreisen gegen die Großunternehmer zur Anwendung gelangen? Wir fragen uns zunächst, wo stehen denn die Handwerkerkreise und speziell die Meister vom Tapeziererstand? Welche Politik haben sie denn bisher getrieben?

Die Antwort ist bald gefunden: sie folgten den Forderungen der Mittelstandspartei unter der Führung des Reichstagsabgeordneten und Obermeisters Holzamer. War denn aber die Politik dieser Mittelstandspartei geeignet, das Großkapital irgendwie zugunsten der notleidenden Handwerker von der Ausführung ihrer Fusionsaktionen abzuhalten? Und wie sind die Aussichten und die Mittel beschaffen, um die weitere Zusammenballung des Kapitals zu hemmen?

Darauf scheint uns der Artikel von Paul Steinborn in Nr. 7 des „Berliner Tageblatt“ vom 5. Januar d. J. eine ziemlich drastische Antwort zu enthalten.

Da wird Bezug genommen auf das kürzlich von der Deutschen Wirtschaftspartei veröffentlichte sogenannte Parteiprogramm. Und dieses Parteiprogramm, schreibt St., offenbart auf überzeugende Art den gewissenlosen und selbstbewußten Betrug, den die Wirtschaftspartei seit Jahren an den Interessen ihrer Wähler verübt hat. Es wird dann ausgeführt, wie die Wirtschaftspartei sich seit 1921 darum herumgedrückt hat, ein solches Programm herauszugeben, weil sie wußte, daß dann ihr Spiel mit Versprechungen, die nie erfüllt werden, weil sie unerfüllbar sind, ein Ende haben würde.

Man habe wohl schöne Reden gehalten, aber nichts getan. Man habe sogar das Gegenteil des Versprochenen getan, indem man in den Ausschüssen und im Plenum des Reichstags selbst gestellten Anträge niederstimmte. So wurden alle Verbesserungen, welche die Existenz der Wähler betrafen, zum Scheitern gebracht. Vor allem wollte man den Steuerdruck mildern, worüber auch in der „Allgemeinen Tapeziererzeitung“, dem Bundesorgan, allerlei geschrieben wurde. Die Wirtschaftspartei hat aber ausschlaggebend mitgewirkt, um das geltende Steuersystem durchzubürden. Erhöht wird es mit großen Worten getadelt. Das besagte Parteiprogramm enthalte absichtlich zweideutig abgefaßte Formeln, nirgendes einen politischen Vorschlag. In unglaublicher Weise habe sie das Steuerminimierungsprogramm des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold bekämpft. Bei der Gewerbesteuer, bei der Luxussteuer habe die Mittelstandspartei Schindluder mit den Interessen des Mittelstandes getrieben. Auch auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft habe sie diese Interessen geschädigt und den Angestellten die Ausdehnung der Versicherung verweigert.

So sieht die Partei aus, welcher die Herren Innungsmeister unter Führung des Herrn Holzamer Gefolgschaft leisten. Wenn die Wähler die wahre Natur dieser Parteipolitik erkannt haben, dürften sie wohl zur Erkenntnis gelangen, daß sie Böde zu Gärtnern gemacht haben. Wenn die Handwerkerkreise nicht zu erkennen vermögen, wer und wie ihre Interessen wahrzunehmen werden müssen, so ist ihnen eben nicht zu helfen.

Vom Arbeitsgerichtsgesetz.

Nachdem die Juristen vergeblich Sturm gelaufen sind gegen die im Arbeitsgerichtsgesetzentwurf vorgesehenen Sälenrichter, ist dieses nunmehr am 13. Dezember in zweiter und dritter Lesung verabschiedet worden. Das Gesetz liegt jetzt dem Reichsrat vor und soll, nachdem dieser zugestimmt, verkündet werden. Als Termin der Inkraftsetzung wird der 1. Juli 1927 genannt. Das neue Gesetz wird als das größte gesetzgeberische Werk der Reichsregierung betrachtet, soweit das sozialpolitische und rechtliche Gebiet in Betracht kommt. Wird doch durch dieses Gesetz der gewerkschaftlichen Entwicklung endlich die Würdigung zuteil, die ihr im Wirtschaftsleben längst gebührt. Die Gewerkschaften werden offiziell als Partei anerkannt und

damit auch der Kollektionsbegriff und alle sich daraus ergebenden Weiterungen. Alle Differenzen mit den Unternehmern, die bisher von den Schlichtungsbehörden behandelt wurden, sind künftig vor den Arbeitsgerichten auszurufen.

Diese Arbeitsgerichte sind das Produkt der Erkenntnis, daß im heutigen Staatswesen in dem der Privatkapitalismus ungeahnte wirtschaftliche Macht erlangt hat, das Recht der Arbeitermassen, die immer mehr von allem Eigentum getrennt werden, in anderer als bisheriger Weise gegen das Unternehmertum vertreten werden muß.

Die bisherige Gerichtsbarkeit im Arbeitsrecht war ein buntes Allerlei und litt besonders daran, daß das Richteramt in der Regel (mit geringen Ausnahmen) für die Arbeiter, ihre Interessen und ihre sozialen Verhältnisse wenig Verständnis befand, weil sie in ganz anderer Sphäre leben.

Künftig fällt jede Streitigkeit aus dem Arbeitsverhältnis, ob Einzel- oder Kollektivfall in die Zuständigkeit des Arbeitsgerichts, auch solche aus dem Arbeitsverhältnis und dem der Landarbeiter. Nur Tarifvertragskonflikten können künftig durch Schlichtungsgerichte ihre Differenzen austragen, ohne die Arbeitsgerichte in Anspruch zu nehmen. Der einzelne Arbeiter braucht sich jedoch solche Schlichtungsgerichte nicht aufzwingen zu lassen.

Die erste Instanz der neuen Arbeitsgerichte ist vollkommen selbständig; hier ist infolgedessen auch das Schwebewort. Den Vertretern der Arbeiter gelang es hier durchzugehen, daß sie von den Vertrauensleuten der Organisationen selbst getragen werden.

Bei dem Landesarbeits- und dem Reichsarbeitsgericht scheitern ihre Anträge am Widerstand der bürgerlichen Vertreter, deshalb erhielten diese eine gewisse Anweisung an die Verwaltung der Landgerichte und an das Reichsgericht.

Wir werden zu gegebener Zeit des näheren auf den Inhalt dieses Gesetzes zurückkommen.

Zunehmende Erkenntnis in der Offenbacher Leder-Industrie, aber etwas einseitig eingestellt.

In einer Betrachtung über die Zustände in der deutschen Wirtschaft im Jahre 1926 kommt das Organ der Lederwarenindustriellen in Offenbach zu der Schlussfolgerung: „Das Erwerbslosenproblem sowie die Frage der Erhaltung und des Welterbaues der Produktion sind heute schon gar nicht mehr ausschließlich nach rein nationalen Gesichtspunkten zu lösen, es sind europäische Fragen, Weltwirtschaftsfragen geworden. Aus diesem Grunde hat man auch den Weg zu internationalen Ausreden und Konferenzen, teils offizieller, teils privater Natur, gefunden.“ Es wird aber auch zugegeben, daß nicht alle führenden Persönlichkeiten von dieser Erkenntnis durchdrungen sind, daß sie mitzuwirken haben bei der Lösung großer allgemeinerwirtschaftlicher Fragen, ja daß die Kulturnationen der Erde darauf angewiesen sind, in diesem Sinne zusammenzuarbeiten, ohne dabei die Eigenart der einzelnen Nationen aufgeben zu brauchen. Das liegt sehr schön und könnte leicht den Eindruck erwecken, als ob in jenen Kreisen schon recht starker Wille obwalte, den Ursachen der großen Erwerbslosigkeit von Grund aus Abhilfe schaffen zu wollen.

Uns will jedoch scheinen, als ob neben diesen Bestrebungen, durch internationale Beratungen diese brennenden Probleme lösen zu wollen, die heimischen Industriellen manches tun könnten, was die Arbeitslosigkeit und ganz besonders das Los der älteren Arbeiter in der Portefeuillebranche wesentlich mildern könnte. Einem Bericht über die Verhältnisse in den amerikanischen Schuhfabriken zufolge beruht die Überlegenheit der amerikanischen Industrie nicht zuletzt auf der Tatsache, daß dort nur sehr wenig jugendliche Arbeiter beschäftigt werden. In Deutschland ist es meist umgekehrt, hier reist man sich um jugendliche Arbeiter und wirft mit Vorliebe die alten Arbeiter der Erwerbslosenunterstützung zu. Denn am 3. Dezember 1926 waren in Offenbach 291 Sattler und 1425 Portefeuille beim Arbeitsnachweis als arbeitslos eingetragen. Dabei dürften die älteren Arbeiter wohl das stärkste Kontingent stellen. In der Heimarbeitfrage denken die Lederwarenindustriellen gar nicht daran, Abhilfe zu schaffen. Im Gegenteil, sie geben die Aufträge mit Vorliebe an Heimarbeiter. Hier sind die Fabrikanten sehr wohl in der Lage, reinigend einzugreifen und zur Gesundung der Wirtschaft beizutragen. Es müßte doch auch in Deutschland möglich sein mit allen geübten Arbeitern daselbst zu leisten wie in Amerika, auch wenn man anständige Löhne zahlt. Denn das A und O ist in Deutschland, schlechte Löhne zahlen, davon kann sich der deutsche Unternehmer nicht frei machen.

Daß man in Offenbach eine Masse älterer Facharbeiter aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet hat und durch Hilfskräfte ersetzt, wird ja drastisch erhärtet durch den Brief des Offenbacher Oberbürgermeisters Granzin vom 28. September 1926 an unsere Verwaltungsstelle in Offenbach (siehe „Mitteilungsblatt“ Nr. 10, November 1926, Seite 3). Dort wird ausgeführt, daß die Offenbacher Fabrikanten anläßt Offenbacher Arbeiter einzustellen, die Heimarbeiter im Kreise mit Arbeit versorgen, weil diese für wesentlich geringere Entlohnung arbeiten und den Tarifvertrag umgehen. Herr Oberbürgermeister Granzin erklärte, daß dadurch die katastrophale Finanzlage der Stadt verschlimmert werde, weil es nicht ausgeschlossen sei, daß ein Teil der Familienmitglieder solcher Heimarbeiter gleichzeitig die Erwerbslosenunterstützung weiterbeziehe. Dadurch werde aber die Erwerbslosenunterstützung auch Mittel zum Lohnraub.

Daraus ergibt sich doch, daß die Fabrikanten in keiner Weise Rücksicht befunden haben, ihrerseits etwas zur Gesundung der Wirtschaftslage im Offenbacher Gebiet beizutragen, daß sie im Gegenteil in einer geradezu trivialen Weise durch die Begünstigung der Heimarbeit und dem damit verbundenen Lohnraub die Not der Offenbacher Arbeiterklasse der Lederwarenindustrie verschärft haben. Wie Herr Granzin im besagten Briefe anführt, habe die Stadtverwaltung kein Mittel an der Hand, dem Unfug zu steuern, wenn nicht das Arbeitsamt, vom Zufall begünstigt, dahinter kommt, daß die Erwerbslosenunterstützung, wie oben geschildert, mißbraucht wird.

Herr Granzin hat wahrscheinlich gar nicht erst versucht, den Fabrikanten den Standpunkt klarzumachen, in der Voraussetzung, daß dies doch nutzlos sein würde. So richtete er denn die Frage an unsere Verwaltung in Offenbach, ob man nicht einen Kurkurs einrichten könne, in dem die Sattler für die Autoindustrie umgestellt werden könnten. Es bedurfte daraufhin nur des Hinweises, daß die Rationierungsbefreiungen bei der Firma Opel in Rüsselsheim bereits die Zahl der dort beschäftigten 400 Autosattler auf 120 heruntergeschraubt habe. Mit der Umstellung ist es somit nichts geworden. Wie die Dinge sich in Offenbach gestaltet hatten, ergibt sich daraus, daß am 27. August 1926 795 Sattler und 2709 Portefeuille als Stellungsuchende eingetragen waren. Es mag den Fabrikanten doch etwas nahegegangen sein, was ihnen da durch den Brief zum Bewußtsein gebracht wurde, denn die Zahl der Stellungsuchenden ging dann bald zurück und betrug am 5. November noch 287 Sattler und 1443 Portefeuille; am 3. Dezember 291 Sattler und 1425 Portefeuille. Diese Zahlen bezeugen den Sattel der Stadt Offenbach natürlich noch immer sehr hart, und es wäre auch im Interesse der Erwerbslosen selbst sehr wünschenswert, wenn die Offenbacher Fabrikanten bemüht sein würden, die Frage, wie die Erwerbslosigkeit zu beheben ist, an Ort und Stelle zu einer Lösung zu führen.

Uns will scheinen, als ob auch bei den Lederwarenfabrikanten der unproduktive Wastel, den die Betriebe zu schleppen haben, sehr groß ist.

Nach dem „Mitteilungsblatt“ Nr. 12 Seite 8 zahlt eine Offenbacher Lederwarenfirma an zwei Direktoren monatlich je 1800 Mk. Gehalt, also pro Jahr 43 200 Mk., an zwei Witwen verstorbener Teilhaber je 720 Mk. pro Monat, pro Jahr also 17 280 Mk., und an eine Lante 2400 Mk., pro Monat 200 Mk. Das sind insgesamt 52 880 Mk. Da ist es freilich kein Wunder, wenn man der Arbeiterklasse Hungerlöhne zahlt.

Wie man sieht, sind nicht die hohen Arbeiterlöhne, die in Wirklichkeit gar nicht hoch sind, der Hemmschuh der Gesundung der Wirtschaft, sondern die kolossalen Ansprüche der sogenannten Wirtschaftsführer, welche eben die Wirtschaft als melkende Kuh für den eigenen Sattel benutzen.

Die Not der älteren Arbeiter.

Ob es sich um Arbeiter oder Angestellte handelt: sobald sie ein gewisses Alter erreicht haben, sucht der Kapitalismus sie loszuwerden. Sie werden entlassen, und es hält dann sehr schwer, irgendwo neue Arbeit zu finden.

Aus diesen Erwägungen heraus hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bekanntlich sein Schutzprogramm für die älteren Arbeiter festgelegt, und die soziale Entwicklung kann an diesen gewerkschaftlichen Forderungen einfach nicht mehr vorbeigehen.

Dennoch handelt es sich hier um eines der Probleme, die aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung herausgemacht sind und deren völlige, befriedigende Lösung erst in einer neuen Ordnung des Zusammenlebens möglich ist.

Das können wir in recht deutlicher Weise an dem furchtbaren Chaos erkennen, das zwischen dem Wohnbedürfnis der Massen und dem Arbeitsleben dieser Massen besteht. In seinem neuen Buche „Sozialismus und Städtebau“ (Verlag für sozialistische Lebenskultur,

Hannover-Bothfeld, Preis 1,80 Mk.) hat Dr. Gustav Hoffmann in dieses wichtige soziale Problem: „Wohnen und Arbeiten“ in systematischer Weise eingeführt. Es bleibt nicht aus, daß auch die Allen im besonderen unter diesem Problem unserer Lage zu stehen haben. Die auch von Hoffmann eingehend behandelten Untersuchungen in Baden machen das so recht klar.

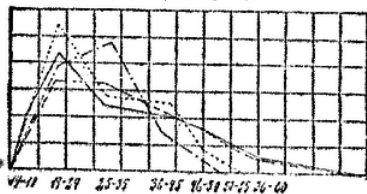
Es handelt sich hier um Untersuchungen an der Arbeiterstadt in Kirchheim bei Heidelberg gelegenen fischelischen Waggonfabrik, deren Ergebnisse typisch für das soziale Los der arbeitenden Massen sind.

Die Wohnverhältnisse sind nicht auf das Arbeitsbedürfnis der Massen eingestellt. Zwar hat der Kapitalismus das Gesicht der Städte verändert. Sie sind die Stätten der Massenquartiere geworden, doch ohne sozialen Plan, ohne sozialen Verkehr und harmonisches Eingehen in die Wirtschaft, so daß die Arbeitswege auch in den Großstädten lange Zeit in Anspruch nehmen.

Auf dem Lande wiederum steht das Wohnen noch unter dem Wirtschaftsgedanken, der damals als die kleinen Orte werden ließ. Sie verbanden einst Arbeit und Wohnen. Die kapitalistische Entwicklung aber ging andere Wege, denen die Entwicklung auf dem Gebiete des Wohnens, des Städtebaus und der Landesplanung nicht gefolgt ist. Darum diese langen Wege zwischen Wohnung und Arbeit gerade außerhalb der Großstädte überall.

In dem von Prof. Dreier untersuchten nordbadischen Bezirke sind die Verkehrsverhältnisse noch ziemlich gut. Nur ein einziger, 10 Kilometer entfernt liegender Ort hat seine Bahnverbindung mit dem Fabriksort Kirchheim. Dennoch ist das Verhältnis zwischen Wohnung und Arbeitsstätte überaus schlecht.

Um an diesem Beispiele einmal erkennen zu können, wie gerade unsere Äiten von diesem kapitalistischen Chaos erfasst werden, teilen wir die Arbeiterstadt von Kirchheim der Untersuchung zufolge in 5 Wohngruppen ein, um dann dann an Hand der folgenden, mit Erlaubnis des Verlegers Georg Thieme in Leipzig gedruckten graphischen Kurven die Altersstufen zu vergleichen.



Auf den ersten Blick sehen wir, daß die Arbeiter von 20-35 Jahren den wesentlichen Teil der Arbeiterstadt stellen. In allen Wohngruppen ist die Kurve in dieser Altersspanne am höchsten. Aber das Fallen der Kurven ist sehr verschieden.

Am langsamsten zieht sich die Linie hin. Diese Linie bezeichnet aber die Arbeiter der Wohngruppe I, die in Kirchheim selbst und in dem angrenzenden Rohrbach wohnen. Sie wohnen nahe bei dem Werke, und

darum ist hier noch den über 60 Jahre alten Arbeitern das Arbeiten möglich. Fast so günstig sind auch die Verhältnisse der Wohngruppen 2 und 3, die durch die Linie gekennzeichnet sind. Diese Arbeiter wohnen in 4-12 Kilometer entfernten Wohnorten.

Wesentlich ungünstiger aber sind dann die Verhältnisse der Wohngruppe 4, durch ... gekennzeichnet, die die Arbeiter aus den über 12 Kilometer entfernten Wohnorten umfaßt, und am ungünstigsten steht schließlich die Wohngruppe 5 da, durch ... gekennzeichnet, die Arbeiter dieser Wohnorte wohnen über 40 Minuten (bis 2 Stunden) vom Ausgangsbahnhof entfernt und müssen dann noch vom Ausgangsbahnhof mit der Bahn zum Arbeitsort fahren.

Wir sehen, je schlechter die Verbindung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ist, um so mehr nimmt der Prozentsatz der alten Arbeiter ab. Bei dem Mißverhältnis, das da heute zwischen Wohnen und Arbeiten besteht, ist es so vielen Arbeitern selbst bei Arbeitsgelegenheit nicht möglich, die Arbeit anzunehmen, weil sie körperlich zur Überwindung der Wegstrecken einfach nicht mehr imstande sind.

Hier sehen wir das Problem in seiner ganzen Größe. Der Kapitalismus hat Wohnung und Arbeitsstätte auseinandergerissen. Daher auch die Unfallhäufigkeit, die erhöhten Krankheitsziffern u. dgl. bei langen Wegen zur Arbeitsstätte. Daher auch die Not der Äiten. Eine Überwindung des Kapitalismus allein bringt ein soziales Arbeitslos.

Aber dieses Verhältnis zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, das so manchem Äiten die Arbeit völlig unmöglich macht, zeigt zugleich, daß neben den Zwangsbestimmungen für das Unternehmertum noch eine andere Fürsorge für die Äiten nötig ist. Die Gewerkschaften haben sie erkannt, wenn sie z. B. eine Herabsetzung der Versicherungsgrenze verlangen. Da Wohnungsverhältnisse und Wirtschaftslieben jedes für sich eigene Wege gingen, ist vielen Arbeitern am Orte des Wohnens Arbeit gar nicht möglich. Den alten Arbeitern aber ist der Weg zur nächsten Arbeitsstelle zu weit. Hier muß geholfen werden: denn man kann diese Äiten nicht einfach ihrem Schicksal überlassen.

Es handelt sich hier ja nicht um einen Einzelfall. Dieser untersuchte Bezirk ist typisch. Gerade die statistischen Untersuchungen aus neuerer Zeit haben aus den verschiedensten Bezirken auf diese Zustände hingewiesen. Es wird eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften sein, dieses Problem, dessen Lösung sie bereits angefangen haben, endgültig in sozialer Weise zu lösen.

Wie manche Landwirte „Not“ leiden.

D. L. V. Es ist schon viel, sehr viel geredet und geschrieben worden über die „ungeheure Not“, die die Landwirte leiden müssen. Wenig ist aber davon übriggeblieben, weil sich immer mehr herausstellt, daß diese Not auf der anderen Seite zu suchen ist, nämlich bei den landwirtschaftlichen Arbeitern. Um die Verhältnisse reißlos zu klären, haben wir bei einigen landwirtschaftlichen Besitzern in allen Teilen Deutschlands Feststellungen über ihren persönlichen

Aufwand und damit über ein Gebiet angestellt, bei dem sich ein Vorfall zuerst zeigen muß. Es gibt ein schönes, altes, deutsches Sprichwort, das heißt: Jeder muß sich nach seiner Decke strecken. Bei den Landwirten, die wir heute vorstellen lassen, hört dieser schöne Sprichwort zum mindesten in eigenen Haushalt auf.

Broving Brandenburg: Gutsbesitzer Sch. im Kreis L., Gut C., 500 Hektar Land. Pächter ist verheiratet und hat 6 Kinder, die alle zur benachbarten Stadt in die Schule gehen. Dieser Pächter hat sich folgenden persönlichen Luxus erlauben: 2 Küstler, 1 Chauffeur, 2 Stubenmädchen, 1 Kindermädchen, 1 Stütze, 2 Küchenmädchen, 1 Mamsell, 1 Lehrerin, 1 Wirtschafterin, 1 Fräulein im Haushalt, 1 Hausmädchen. Er bewohnt ein Schloss mit 23 Zimmern.

Pächter C. B. im Kreis W.-St., Gut A. Pächter ist verheiratet und hat 2 Kinder. Zum Haushalt benötigt er 2 Stubenmädchen, 1 Stütze, 1 Köchin, 1 Wirtschafterin, außerdem für den Garten einen Gärtner. Das Gut ist 550 Hektar groß.

Besitzer Dr. T., Kreis O.-St., Gut B. Besitzer ist verheiratet. 1 Küstler, 1 Chauffeur, 3 Stubenmädchen, 2 Küchenmädchen. Das Gut ist ungefähr 650 Hektar groß, davon ein Viertel Wald.

Besitzer v. A., Kreis Sch., Gut St. 1 Küstler, 1 Chauffeur, 1 Stubenmädchen, 1 Kindermädchen 1 Hausdame, 1 Köchin, 1 Küchenmädchen, 1 Lehrerin, 1 Diener. Pächter ist verheiratet und hat 4 Kinder. Ihm stehen 30 Zimmer zur Verfügung. Das Gut ist 600 Hektar groß.

Und nun die Lage der Landarbeiter, die auch einige Beachtung verdient. Ein Angehöriger des Landarbeiterverbandes hat kürzlich im Kreise Rügen folgendes festgestellt:

In Trent bewohnt eine aus 7 Köpfen bestehende Landarbeiterfamilie eine einzige Stube. Sie ist mehr als ein Loch zu bezeichnen, da sie nur 2½ Meter breit, 3,80 Meter lang und 1,90 Meter hoch ist. Der Fuß ist vollkommen verschunden. Von dem Fußboden gewohnt man den Eindruck, als wenn er ein wenig ausgetretener Landweg ist. Die Wohnung ist derartig feucht, daß sich die Möbel vollständig verzogen haben und fast unbrauchbar geworden sind. In dem Wohnloft ist ein kleines Fenster, durch dessen Ritzen der Wind pfeift und der Regen unheimlich eindringen kann. Der Ofen ist derartig in Unordnung, daß ein Einheizen wegen der damit verbundenen Brand- und Erstickungsgefahr unmöglich ist.

Die beim Gemeindevorsteher, Amtsvorsteher, Pastor, Landbürger, bei der Fürsorgebehörde und dem Wohnungsamte eingehenden Beschwerden haben bis jetzt zu keinerlei Ergebnissen geführt. Der Fall wird noch interessieren, wenn man hören muß, daß in Trent und in der näheren Umgebung einige Wohnungen schon seit längerer Zeit völlig unbewohnt sind.

In Gräbich bei Ramin herrschen ähnliche Verhältnisse. Kürzlich wurde ein Arbeiter als Schweinefütterer unter der Bedingung angenommen, daß ihm der Pächter eine Wohnung ausbaut. Als der Arbeiter eintraf, wurde er in Gemeinschaft mit seiner Frau in einem Raum untergebracht, der im Schweinefall unbrauchbar ist. Der Raum gewahrt dem Wind, Regen und Schnee ungehindert Einlaß. Der Fußboden ist ebenfalls völlig schadhaft und

Der Arbeiter am Sonntag.

Die „Oberfränkische Volkszeitung“ in Hof hatte an ihre Leser die Frage gerichtet: Wie verbringt der Arbeiter seinen Sonntag? Es fand dem Blatte eine ganze Anzahl sehr bemerkenswerter Zuschriften zugegangen, die es zum Teil veröffentlicht. „Fast aus allen Antworten geht es hervor“, so sagt die „Volkszeitung“ dazu, „obwohl es ist doch zwischen den Zeilen zu lesen, daß das Wirtschaftsleben der Arbeiter an den Sonntagen eine große Rolle spielt. Dabei ist nicht gesagt, daß dem Alkohol in übermäßiger Weise zugegriffen wird. Man trinkt seine paar Glas Bier, spielt einen Schachkopf oder Elst und geht dann nach Hause. Wir leben eben in Bayern.“ In der gleichen Weise verbringt so mancher Arbeiter leider auch außerhalb Bayerns seinen Sonntag. Es trifft aber auch zu, was die „Volkszeitung“ weiter sagt, daß man in Arbeiterkreisen immer mehr lernt, den Sonntag wirklich nützlich zu gestalten.“ Von denen, die es schon gelernt haben, soll hier ein wenig berichtet werden.

Ein Arbeiter schreibt der „Oberfränkischen Volkszeitung“, daß er am Sonntag besonders früh aufsteht, um die beiden politischen Tageszeitungen, die er hatte und während der Woche wegen Zeitmangel nur oberflächlich durchgesehen konnte, vom Anfang bis zum Ende gründlich durchzulesen. „Am Sonntag wird ein kleiner Summe durch die Anlagen der Stadt gemacht, nach dem Mittagsessen geht hinaus in die nähere oder weitere Umgebung. „Fressalien“ werden genügend mitgenommen, wir sind unabhängig von den Wirtschaften, denn im Rückfall und in der Thermosflasche läßt sich ja alles mitnehmen, was zur Lebensnahrung notwendig ist. Das kommt nicht zu teuer, und das Vergnügen, das man sich schafft, ist größer, als wenn man in irgendeinem Wirtschaften sitzt. Ich habe ganz Deutschland bereist, habe in der Schweiz und in Amerika gearbeitet und habe viel Schönes gesehen. Wenn ich meinen Familienmitgliedern während unserer Ausflüge davon erzähle und sie auf die Schönheiten unserer Gegend aufmerksam mache, haben auch sie einen Genuß davon.“

Eine junge Verkäuferin schreibt, wie sie den Sonntag zum weitaus größten Teil bei Sport, Spiel und Wandern verbringt. „Mit aller Macht zieht's mich hinaus in die freie Natur. ... Der Kuckuck, den Mutter buh, schmeckt da draußen ganz vorzüglich — denn auch der Wagen will sein Recht haben. Habe ich mich ausgeliebt und ausgepumpt, dann bin ich zufrieden und glücklich und möchte mit niemand auf der Welt tauschen.“

Ein Sportgenosse schreibt, wie er und Gleichgesinnte auf dem Sportplatz „Wege zur Kraft und Schönheit“ suchen. Er läßt sich seine Schilderung: „Eins ist halt leider noch nicht abgemacht, das Biertrinken und das Zigarettenrauchen. Es gibt schon vernünftige Genossen genug, aber es dauert lange, bis auch bei uns der Wahnwitz ganz verschwindet. Wenn uns die „Volkszeitung“ im Kampf gegen solche Mächte unterstützt, dann sind wir ihr dankbar.“

Nun auch die andere Seite! Eine Frau aus dem Frankenwald schreibt: „Am Sonnabend geht's schon los. Abends gegen 8 Uhr gehen die meisten Männer ins Wirtschaft, wo sie bis nach 1 oder 2 Uhr hocken bleiben. Manchmal wird's noch länger. Am Sonntag früh wird ziemlich lange geschlafen. Die Frau hat gerade am Sonntag früh alle Hände voll zu tun. Nachmittags um 3 Uhr gehen die Männer in der Regel wieder ins Wirtschaft. Da wird gekrümmt und Karten gespielt, oft bis nachts um 1 Uhr und darüber. Nur wenige gehen des Nachmittags mit der Familie spazieren. Es sind auch nur wenige Frauen, die sich fürs Spaziergehen interessieren. Die meisten haben den ganzen Sonntag zu sitzen und zu stoßen, weil sie die ganze Woche an der Heimarbeit sitzen. Auch sind sie der Meinung, das Spaziergehen kostet viel Geld. Nun, bei manchen kostet's auch schon, denn die Männer können in der Regel an keinem Wirtschaft vorbeigehen, ohne einzutreten.“

Es wäre außerordentlich wünschenswert, daß auch andere Arbeiterblätter solche oder ähnliche Nachfragen veranlassen. Aus den Antworten können sicherlich manche Leser lernen, wie sie ihr Leben außerhalb der Arbeitsstätte besser gestalten könnten, als sie es heute zu tun gewohnt sind.

Die Zukunft der Wolkenkratzer.

In der Park-Avenue von New York ist soeben ein neuer Typ von Wolkenkratzern errichtet worden, der für die Zukunft entscheidende Änderungen der Wohnhäuser Amerikas bedeutet. Dies ist ein richtiger „Wohnberg“, in dem zugleich ein Hotel untergebracht ist. Aus wirtschaftlichen Gründen müssen die Wolkenkratzer immer höher gebaut werden, und es wird bald zum Luxus gehören, niedriger zu wohnen als 60 Stockwerke. Die Entwicklung New Yorks drängt mit absoluter Notwendigkeit in die Höhe. Zugleich mit dieser neuen Entwicklung der Wohnhäuser muß eine Neuentwicklung des Verkehrs einhergehen. Es ist darum vorgezogen, die Wohnhäuser oder „Wohnberge“, wie sie besser bezeichnet werden, an zahlreichen Stellen durch Brücken und Bürgersteige miteinander zu verbinden, so daß eine Art von hängenden Straßen entstehen wird, die einen Teil des Fußverkehrs in die Höhe verlegt.

Durch derartige Anlagen wird dann das ganze Verkehrsnetz der Stadt New York nach oben verschoben werden, einmal man an die Anlagen von Terrassen denkt, die unter Höhen zulassen. Im allgemeinen denkt man sich die Entlastung aber so, daß der Fußverkehr in den Läden stattdessen durch die Wagenverkehre auf ebener Erde verlegt gehen muß. Die Bauverleger haben bereits für diese neue Bauweise reichliche Möglichkeiten zur Verschönerung und Ausgestaltung der hängenden Straßen vorge-

sehen, um diese Straßen vollkommen vom Lärm und Schmutz der Großstadt freizumachen. Schon die Höhe, in der die Straßen sich befinden, gibt ihnen die Möglichkeit, die Luft ganz rein zu halten, da erfahrungsgemäß Staub und Bazillen nicht so hoch geschleudert werden. Um die Wohn- und Lebensmöglichkeiten in diesen Höhen noch zu verbessern, beschäftigen die Baumeister, hier hängende Gärten einzuführen, die allerdings nicht nach der Art der hängenden Gärten der Semiramis gebaut sein werden, sondern einen ganz neuen Typ darstellen dürften. Dadurch, daß die Wohnungen alle in die Höhe verlegt werden, ist auch der genügende Verkehr auf diesen Straßen gesichert, denn es wird ebenso möglich sein, alle Geschäfte auf diesen Höhenstraßen abzumelden, wie man sie bisher auf der Erde zu erledigen gewohnt ist. Auch Kirchen sollen in diesen Höhen gebaut werden, ebenso wie Theater, Sportplätze usw. Schon jetzt ist eine Anzahl von Wolkenkratzern dazu übergegangen, ihre Dächer zu Verkehrsweiden aller Art zu vergnügen und zu Sportbetriebszwecken auszunutzen, aber diese Verwendung ist noch ganz vereinzelte, und es ist nicht möglich, eine allgemeine und gleichmäßige Benutzung durchzuführen. Die neue Bauart der Wolkenkratzer, wie sie in dem „Wohnberg“ bereits begonnen worden ist, wird aber einen grundlegenden Unterschied dadurch bilden, daß die Gebäude eben zusammen die Möglichkeit einer Stadt hoch in den Wolken ergeben werden. Das systematische Zusammenfügen aller dieser Gebäude zu einem einheitlichen neuen Stadttyp mit Straßen, Plätzen, Gärten ist das Neue und Revolutionäre, das diesem Wolkenkratzer Typ anhaftet.

Körper, Seele und wirtschaftliche Not.

Wie schädlich unsere sorgende und hastende Zeit auf das gesundheitliche Wohlbefinden des Menschen einwirken kann, beweisen uns Untersuchungen, die Dr. G. R. Hager handelt. Wie er in dem Bande „Das körperliche Wohlbefinden“ in den Lebensvorgängen“ ausführt, betreffen Sorgen, Kummer und Hast bei den Wohlfühlzeiten A. B. Sekretionsstörungen des Magens zur Folge. Wenn dann wird auch „organisch“ alles wieder zur Norm zurückkehren. Ist dem aber nicht so, dann kann dieses unruhige Leben mit seinen chronischen Störungen des Magens zu tiefgreifenden Veränderungen führen. Genau so ist umgekehrt der physische Zustand bei der Heilung organischer Beeinträchtigungen das soziale Verhalten des Menschen. So beeinflussen auch indirekt über das Physische in tief einschneidender Weise. Eine gewisse Kultur des Lebens ist Voraussetzung auch zu voller Leistungsfähigkeit und Schaffenskraft.

Ehre ihrem Andenken